



## Offener Brief der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW) an den Bundeskanzler Gerhard Schröder

Berlin, den 25.10.2001

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Ihre Rede an den Deutschen Bundestag vom 11. Oktober 2001, die Sie unmittelbar nach Ihrer Reise in die USA hielten, stellt eine Zäsur dar, die uns mit Sorge erfüllt. Sie deuten eine stärkere militärische Orientierung der deutschen Außenpolitik an, mit der wir uns „in einer neuen Weise internationaler Verantwortung zu stellen“ hätten. „Wir haben Grund“, sagten Sie, „bei der Formulierung unserer Außenpolitik das eine oder andere zu verändern.“ Zu dem einen oder anderen gehört, „dass unter Umständen erforderliche militärische Beiträge in der internationalen Politik gelegentlich notwendig“ sind. „Dabei jedes unmittelbare Risiko zu vermeiden kann und darf nicht die Leitlinie deutscher Außen- und Sicherheitspolitik sein.“ Sie haben das mit „aktiver Solidarität“ begründet und mit Gründen, „die mit der Positionierung Deutschlands in der Zukunft zu tun haben.“

Dies sind Postulate, die sich in keiner Weise aus der auch von uns geteilten Überzeugung ableiten lassen, „dass wir alles, aber auch wirklich alles tun müssen, damit sich diese grausamen Anschläge nicht wiederholen.“

Wir fragen Sie: Dienen die grausamen Militärschläge, bei denen das geschundene Volk von Afghanistan de facto als Geisel genommen wird, wirklich dem völkerrechtlich einzig zulässigen Ziel, der rechtsstaatlich gebotenen Ergreifung und Überführung der terroristischen Täter sowie der Abwehr künftiger terroristischer Gefahren? Welche unabhängige Instanz hatte bisher Gelegenheit, die Beweiskraft vorliegender Ermittlungsergebnisse zu prüfen? Und: Ist dieser Krieg menschenrechtlich vertretbar und angemessen? Kann ein Krieg, der alle Züge von Vergeltung trägt, Menschen ihrer letzten Lebensgrundlagen beraubt und zur Massenflucht treibt, der mit fürchterlichen, völkerrechtlich umstrittenen Waffen (Streubomben) geführt wird, über das große menschliche Leid hinaus anderes bewirken als Hass und eine neue Spirale der Gewalt? Wird er zu größerer Sicherheit beitragen oder womöglich zu einer „Solidarität“ gänzlich unerwünschter Art mit den Terroristen, die der Krieg doch isolieren soll? Oder zu unberechenbarer regionaler und internationaler Destabilisierung?

Glauben Sie, Herr Bundeskanzler, dass die Welt nach den Bomben auf Afghanistan sicherer sein wird? Den Anschlägen vom 11. September ist nicht die Logik des Krieges angemessen, sondern die der Verbrechensbekämpfung. Alle Möglichkeiten und Mittel, die das bestehende nationale und internationale Recht für die Verhinderung, Verfolgung und Bestrafung der internationalen Terroristen bietet, sollten angewendet und menschenrechtskonform ausgebaut werden. Allerdings muß sich die Balance zwischen Freiheitsrechten der Bürger und Bürgerinnen und Eingriffsbefugnissen des Staates gerade in Krisenzeiten bewähren. Uns ist in Bezug auf die in der Diskussion befindlichen „Sicherheitspakete“ so wenig wie im militärischen Bereich ersichtlich, wie die einzelnen Maßnahmen konkret geeignet, erforderlich und angemessen wären, den vorgeblichen Zweck der Abwehr von Terrorismus zu erfüllen. Menschen aus bestimmten Regionen einem Generalverdacht auszusetzen und auszugrenzen, ist jedenfalls friedlichem Zusammenleben gerade nicht förderlich. Und kritische Stimmen aus den Reihen der im Bundestag vertretenen Parteien aus „Sicherheitsgründen“ vom Informationsfluß auszuschließen, auch nicht. Wie können wir den „Dialog der Kulturen“ fördern, wenn wir die politische Kultur im eigenen Land aus „Sicherheitsgründen“ verkommen lassen?

Unser wissenschaftliches und unser Erfahrungs-Wissen lehrt uns: Sicherheit für unsere hochtechnisierte Welt ist nicht allein mit technisch-organisatorischen Mitteln herzustellen. Sicherheit und Frieden sind auf Dauer nur zu gewinnen, wenn die verheerende, Gesellschaften und Kontinente durchschneidende Spaltung in Globalisierungsgewinner und Globalisierungsverlierer mit all ihren destabilisierenden ökonomischen, sozialen und kulturellen Folgen abgebaut wird und die Verschiedenheit von Kulturen und Religionen als Reichtum erlebt werden kann. Seit dem Ende des Kalten Krieges hat der siegreiche Westen die Herstellung der Einen Welt privatwirtschaftlicher Dynamik anheim gegeben. Mit staatlicher Unterstützung wurden und werden weiterhin die Entscheidungsmöglichkeiten von Gemeinwesen über wünschbare soziale und ökologische Lebensformen systematisch ausgehöhlt und nicht zu rechtfertigende



Bedrohungen von Mensch und Natur in Kauf genommen. In Ihrer Rede stellen Sie eine Diskussion mit den Menschen in Aussicht, „mit den Menschen, die sich Sorgen um Tatsache und Umfang eines militärischen Beitrags zur Bekämpfung des Terrorismus machen.“ Wir gehören ganz entschieden zu diesen Menschen. Wir fordern Sie daher mit großer Dringlichkeit auf, auch das in die öffentliche Debatte mit einzubeziehen: den rücksichtslosen Fundamentalismus einer neo-liberalen Politik, die sich alternativlos gibt und doch nachweislich nicht in der Lage ist, Menschenrechte, Frieden und Sicherheit herzustellen und zu bewahren. Uns „in einer neuen Weise internationaler Verantwortung zu stellen“, Herr Bundeskanzler, begründet nicht die Notwendigkeit eines stärkeren oder häufigeren militärischen Engagements. Im Gegenteil. Gerade jetzt muß die Politik der „Zivilmacht Deutschland“ mit all ihren Mitteln auf wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Ausgleich in der Welt gerichtet sein. In diesem Sinne bitten wir Sie, Herr Bundeskanzler, den angebotenen Dialog mit uns zu führen.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Vorstand der VDW: Hans-Peter Dürr, Vorsitzender